

Gedächtnisprotokolle von Anhörungen/Verhören in Berufsverbotsverfahren in West-Berlin

Die folgenden kurzen Szenen sind entnommen aus Gedächtnisprotokollen von Anhörungen/Verhören in (West-) Berlin nach dem *Radikalenerlass* von 1972.

Wenn auch manche Beiträge der Behördenvertreter lächerlich und abwegig wirken mögen, so waren sie doch für die Verhörten z.T. von existentieller Bedeutung. Es ging um die Entscheidung über die Zulassung zum Referendariat oder auch um Weiterbeschäftigung/Entlassung im/aus dem Öffentlichen Dienst. **Die politischen Ziele der Verhörten: Herstellung gleicher Bildungschancen, Demokratisierung in den Schulen/Hochschulen, Kampf für Frieden (z.B. in Vietnam), Ende der Ausbeutung der "Dritten Welt"- all dies wurde negativ bewertend als Anklagepunkte verwendet.** Es ging oft nur um Kandidaturen für studentische Gremien, Mitgliedschaften in zugelassenen Parteien oder Organisationen, Verteilen von Flugblättern, Besuch linker Veranstaltungen; Bekanntschaft/Freundschaft mit/zu engagierten Linken, die im Visier des Verfassungsschutzes/der NoFU waren.

In den ersten Jahren der Anwendung des Radikalenerlasses wurde den Verhörten verwehrt, Personalrats- oder Rechts-Beistand einzufordern **„Zur Überprüfung der Einstellungsvoraussetzungbitte ich Sie.....zu einem Gespräch zu erscheinen. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich nicht bereit bin, das Gespräch in Gegenwart eines Rechtsbeistandes zu führen.“**]. Zeug:innen waren nicht erwünscht; Die/der Verhörte saß allein bis zu 5 Behördenvertretern gegenüber, z.B. Stadtrat, Senatsdirektor, Schulrat/-räte, Jurist, Protokollant:in. Wenn überhaupt Protokolle angefertigt wurden, wurden sie den Bewerber:innen anfangs gar nicht erst vorgelegt. Dazu kam es erst Jahre später.

Durch massive Proteste und Androhung von Klagen wurde schließlich durchgesetzt, dass Personalvertreter*innen, an den Verhören teilnehmen durften, allerdings unter der Voraussetzung, dass sie sich nicht in das Gespräch einmischten. ^LZITAT eines verhörten Kollegen: **Ich bestand darauf, dass geklärt wurde, ob es sich um ein offizielles Gespräch handelt. Der Landesschulrat bejahte das. Auf die Frage des Personalrats, ob denn auch ein Protokoll geführt wurde, wurde das verneint.**^L

GEDÄCHTNISPROTOKOLL 1 (einer „Anhörung“, die im Herbst 1973 im Westberliner Schulamt/(Senator Löffler) stattfand. Der Befragte hatte 1972 sein Lehramtsstudium an der FU Berlin beendet und sich für die Fortsetzung seiner Lehrerausbildung, für das Referendariat, beworben; der Landesschulrat und weitere hochrangige Behördenvertreter – wie gewöhnlich damals: ausschließlich Männer – saßen dem Befragten gegenüber. Ein Personalratsvertreter durfte anwesend sein, durfte aber nicht in das Verhör zur Entlastung des Verhörten eingreifen)

Prolog des Verhörten, evtl. vor Beginn der Lesung: „Ich bestand darauf, dass geklärt wurde, ob es sich um ein offizielles Gespräch handelt. Der Landesschulrat bejahte das. Auf die Frage des Personalrats, ob denn Protokoll geführt werde, wurde das verneint.“

Frage: Kennen Sie einen Herrn Prof. Mommsen?

Kollege: Ist das nicht der Germanistik-Professor? Ich bin nicht ganz sicher.

Frage: Erinnerst Sie der Name an irgendetwas?

Koll.: Nur vage. Was meinen Sie denn? Sagen Sie mir bitte, um was es sich handelt.

(Diese Aufforderung wird stillschweigend übergangen)

Frage: Ach, und da erinnern Sie sich wohl auch nicht an folgende Damen und Herren?

(... Es werden einige Namen verlesen.) Kennen Sie diese Personen?

Koll: Ja, ja, einige sind mir schon bekannt, aber was soll das alles, was hat das mit mir zu tun?

(Diese Frage wird nicht beantwortet.)

Frage: Sie erinnern sich also nicht, Herrn Prof. Mommsen beleidigt zu haben?

(Ich beginne mich dunkel an eine Anzeige zu erinnern, die angeblich von Prof. Mommsen vor etwa 4 oder 5 Jahren gegen mich gestellt wurde. Da ich später nie wieder etwas davon gehört hatte, nahm ich an, es hätte sich wahrheitsgemäß herausgestellt, dass ich mit dieser Sache nichts zu tun hatte und dass es sich um einen Irrtum oder eine Verwechslung handeln musste.)

Koll: Ich erinnere mich vage daran. Könnte ich bitte einmal die Unterlagen dazu sehen, die Sie da vor sich haben? Dann bin ich gern bereit und in der Lage dazu Näheres zu sagen. So aus dem Kopf erinnere ich mich nicht mehr so genau daran.

(Wieder wird die Einsicht in die Unterlagen, die die Befrager offensichtlich haben, verweigert. Der Bewerber wird zweifelnd angesehen, dann wird das Gespräch mit einem anderen Komplex fortgesetzt.)

Frage: Haben Sie während Ihrer Studienzzeit an der FU jemals für Kommissionen oder Gremien kandidiert?

Koll: Ja, sicher, mehrmals. Ich war immer bereit, an der Studienreform und der Demokratisierung der Uni aktiv mitzuarbeiten.

Frage: Wann und als Mitglied welcher politischen Gruppierung haben Sie kandidiert?

Koll: Da müsste ich erst mal überlegen. Wissen Sie, ich habe sehr viel in den vom Unigesetz vorgeschriebenen Selbstverwaltungsgremien mitgearbeitet. Mitglied einer politischen Gruppe war ich nie, was jedoch nicht ausschloss, dass ich punktuell mit solchen Gruppen zum Zwecke der Erreichung von Reformen zusammengearbeitet habe. Bitte sagen Sie, Sie mir genau, worauf Sie sich beziehen.

Frage: (erbost) Also gut! Haben Sie für die RFG (Rote Fachbereichsgruppe) im FB 17 der FU im

Juni 1970 für die Ausbildungskommission kandidiert?

Antwort: Ich habe mehr als einmal für universitäre Selbstverwaltungsgremien kandidiert.

U.a. wollte ich auch in der Kommission zur Beratung von Studienplänen und Prüfungsordnungen mitarbeiten. Das genaue Datum der Kandidatur kann ich Ihnen aus dem Kopf nicht sagen. Der Gruppe RFG gehörte ich nicht an!

Frage: Sie haben für die RFG im Juni 70 kandidiert. Nun wollen Sie sagen, Sie wüssten das nicht mehr. Diese Gruppe hat Artikel in der Wahlzeitung sowie Flugblätter veröffentlicht. Hinter Ihrem Namen in der offiziellen Wahlzeitung der FU stehen die Buchstaben RFG. Und Sie wollen behaupten, Sie wären dort nicht Mitglied?

Koll: Ja, das behauptete ich!

GEDÄCHTNISPROTOKOLL 2 *(einer Kollegin, die im Herbst 1973 ins Westberliner Schulamt/(Senator Löffler) zur „Anhörung“ geladen war; auch bei ihr ging es um die Einstellung in das Referendariat; zum Zeitpunkt der Anhörung war sie bereits in einer Schule tätig, vermutlich mit einem befristeten Lehrauftrag beschäftigt.*

Frage: Handelt es sich bei Ihrer Wohnung um eine Wohngemeinschaft?

Kollegin: Ich bin Untermieterin bei Ullrich...

Frage: Haben Sie Kontakt zu anderen Untermietern?

Koll.: Ich kenne die anderen Untermieter.

Frage: Wissen Sie, ob die Leute, die in Ihrer Wohnung wohnen, in einer politischen Gruppe arbeiten?

Koll.: Nein, das weiß ich nicht.

Frage: Führen Sie politische Gespräche mit diesen Leuten?

Koll: Nein. Ich bin selten zu Hause, ich habe wenig Kontakt zu den übrigen Untermietern, da ich an der... Schule als Lehrer arbeite.

Frage: Sie arbeiten doch an der **Robert-Koch-Schule**?

Koll: Ja

Frage: Sie wissen also nichts über politische Aktivitäten Ihrer Mitbewohner?

Koll: Nein. Sie haben mir mitgeteilt, dass Sie an meinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen zweifeln. Könnten Sie mir mitteilen, welche Anhaltspunkte Sie für Ihre Zweifel haben?

Frage: Dieses Gespräch, das ich mit Ihnen führe, beinhaltet meine Zweifel.

Koll: Mir ist nicht verständlich, was Ihre Fragen über die anderen Untermieter mit Ihren Zweifeln an meinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen zu tun haben.

Frage: Das spielt hier keine Rolle, das muss Ihnen nicht verständlich sein. Wieso wohnen Sie mit Leuten zusammen, über die Sie nichts wissen?

Koll: Ich habe diese Untermieter doch nicht ausgesucht. Ich bin nach Berlin gekommen und habe ein Zimmer in einer Wohnung gemietet. Andere Leute haben dort ebenfalls Zimmer gemietet.

Frage: Wann sind Sie nach Berlin gekommen?

Koll: Im Wintersem. 1969

Frage: Sie wissen aber doch etwas darüber, was Ihre Mitbewohner tun?

Koll: Ja, sie studieren in ganz unterschiedlichen Studiengängen....

Frage: Ist gegen Sie selbst irgendwann polizeilich ermittelt worden?

Koll: Nein, niemals.

Frage: Haben Sie z.B. Plakate geklebt?

Koll: Nein, ich bin nie mit der Polizei in Berührung gekommen.

Frage: Niemals mit der Polizei in Berührung gekommen? Sie sind doch wohl polizeilich gemeldet?

Koll: Ja, aber es ist nicht polizeilich gegen mich ermittelt worden.

Frage: Auch nicht am 4. Okt. 1969?

Koll: Nein, damals war ich noch gar nicht in Berlin oder bin gerade erst angekommen. Kannte niemanden.

Schweigen / Flüstern / Schweigen

Frage: Haben Sie in einer politischen Organisation gearbeitet?

Koll: Nein.

Frage: Kennen Sie politische Gruppen?

Koll: Ja, alle Gruppen. Als ich noch an der Universität studierte, habe ich mich umfassend informiert, auch Flugblätter gelesen.

Frage: Welche Gruppen kennen Sie?

Koll: Alle.

Frage: Welche?

Koll: z.B. KPD/AO, KPD-ML, KBW, ADSen

Frage: Sie haben aber selbst nie in einer solchen Gruppe gearbeitet?

Koll: Nein.

Frage: Kennen Sie eine Gruppe Internationaler Marxisten, abgekürzt GIM?

Koll: Ja, ich habe schon mal Flugblätter gelesen. Sonst weiß ich nichts über diese Gruppe.

Frage: Kennen Sie prominente Mitglieder dieser Gruppe?

Koll: Ja, Ernest Mandel.

Frage: Woher kennen Sie den?

Koll: Von einer Fernsehsendung.

Frage: So, diese Sendung haben Sie also gesehen?

Koll: Ja, teilweise.

Frage: Wo, in Ihrer Wohnung?

Koll: Nein, bei einem Kollegen von der Schule.

Frage: Haben die Leute in Ihrer Wohnung diese Sendung auch gesehen?

Koll: Das weiß ich doch nicht!

Frage: Was halten Sie denn von Wohngemeinschaften überhaupt, als Wohnform? Halten Sie Wohngemeinschaften für begrüßenswert?

Koll: Ich habe keine Erfahrung. Aber angesichts der Wohnlage in Berlin für Studenten

Frage: Manchmal versteht man etwas nicht. Man hält Fragen für einen Witz. Nehmen Sie mal meine Frage nicht als Witz. Könnten Sie sich vorstellen, dass die anderen Untermieter aus Ihrer Wohnung führende Mitglieder einer politischen Organisation, z.B. der GIM, wären? Könnten Sie sich vorstellen, dass Sie das nicht wüssten?

Koll: Nein, ich glaube, das wüsste ich. Aber ich weiß es nicht. Ich bin außerdem selten zu Hause.

Frage: Aber Sie sind doch Lehrerin, das erfordert doch häusliche Vorbereitung. Oder bereiten Sie Ihren Unterricht nicht vor?

Koll: Doch, selbstverständlich. Aber dann arbeite ich in meinem eigenem Zimmer oder auch bei meinem Verlobten.

Frage: Betrachten Sie sich selbst nicht als politischen Menschen?

Koll.: Doch, ich informiere mich z.B.

Frage: Sind Sie Mitglied einer politischen Organisation?

Koll.: Nein.

Gedächtnisprotokoll 3 Otto Schulz* (Bewerber für den Vorbereitungsdienst)

anwesend: Stadtrat Herr Bohm, Schulrat Herr Lehmann, Sekretärin Frau Nonnenmacher

verhörter Kollege: Otto Schulz

Stadtrat Bohm eröffnet: *Sie sind Herr Otto Schulz, richtig?*

und stellt sich und die Anwesenden vor

Schulrat Lehmann : *Sie haben sich um eine Stelle im Vorbereitungsdienst für diesen Schulkreis beworben. Heute geht es um ein Gespräch , in dem Sie unsere **Zweifel an Ihrer Verfassungstreue** ausräumen können. Es geht vor allem um ihre ganz persönlichen Auffassungen, da hat weder ein Rechtsanwalt noch ein Personalrat was zu suchen. Hier handelt es sich **nicht um rechtliche Dinge!***

*Uns liegen **Erkenntnisse** vor, daß Sie sich an verschiedenen Veranstaltungen **als Sprecher der KSG** beteiligt haben. Im einzelnen:*

- *Sie haben sich am 22. Mai 1973 als **Sprecher der KSG** anlässlich einer **Vollversammlung** im Audimax der PH beteiligt, auf der über den **Streik an der PH** diskutiert wurde.*
- *Sie haben sich am 17 April 1973 an einer Veranstaltung der KSG in der TU beteiligt; es ging um den **25. Jahrestages der VR China**.*
- *Sie sind am 7. Februar 1972 als **Flugblätter** vor dem Foyer der PH verteilt.*

Treffen diese Erkenntnisse zu?

Otto Schulz: *Ja, selbstverständlich, es ist schließlich mein gutes Recht, an jeder beliebigen öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen. Weshalb grenzen sie das auf die KSG ein? Was werfen Sie mir eigentlich vor?*

Bohm: *Wir werfen Ihnen hier gar nichts vor, wir stellen nur fest und überprüfen Ihre Eignungsvoraussetzungen. Uns geht es in diesem Gespräch lediglich um die Frage, ob bestehende Zweifel gerechtfertigt sind. Sie haben hier die Möglichkeit, Zweifel zu entkräften.*

Schulz: *Zweifel? Was sind denn das für Zweifel?*

Lehmann: *Als Beamter stehen Sie nun mal in einem **besonderen Gewaltverhältnis**, das ist nicht gleichzusetzen mit dem eines jeden anderen.*

Stadtrat Bohm: *Haben Sie öfter die KSG auf Veranstaltungen unterstützt? Waren Sie öfter auf KSG-Veranstaltungen?*

Schulz: *Ich habe sehr viele Veranstaltungen unterschiedlicher Organisationen besucht. Ich lehne es ab, daß Sie mir damit eine Mitgliedschaft in der KSG nachzuweisen versuchen.*

Bohm: *Sie sind also nicht Mitglied der KSG?*

Schulz: *Nein. Was liegt denn nun eigentlich gegen mich vor?*

Lehmann: *Uns ist mitgeteilt worden, daß Sie am... auf einer provisorischen Vollversammlung an der PH waren und als Redner für die KSG vorgestellt wurden.*

Schulz: *Vor wem „mitgeteilt“? Wie kommen Sie darauf?*

Lehmann: *Vom Verfassungsschutz.*

Schulz: *Interessant! Können Sie das auch beweisen? Zeigen Sie mir doch mal die Unterlagen.*

Lehmann: Das ist eine Mitteilung vom **Verfassungsschutz** an das Schulamt. Es sind keine weiteren Unterlagen vorhanden.

Schulz: Na, das kann ja jeder behaupten, daß ich dies oder jenes gemacht habe oder daß ich dort gewesen sein soll.

Bohm: Der Verfassungsschutz ist nicht „jeder“. Er hat die rechtliche Verantwortung, untersucht gewissenhaft und nach rechtsstaatlichen Prinzipien. Hier handelt es sich um wertfreie Fakten vom Verfassungsschutz. Außerdem ist es ja kein Vorwurf, Sie sollen ja sagen, ob es stimmt. Der Verfassungsschutz kann sich ja auch mal irren. Sie können ja die Zweifel ausräumen.

Lehmann: In der Wahlplattform, die Sie mit Ihrer Unterschrift unterstützt haben, steht: „Der Konvent hat das Recht und die Pflicht, den Befreiungskampf der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus zu unterstützen“. Was meinen Sie dazu?

Schulz: Ich war und bin immer noch empört über die besonders brutale Kriegsführung der Amerikaner in Vietnam.

Schulrat: Was heißt hier „brutal“? Das ist ja wohl unverhältnismäßig.

Schulz: Wie nennen Sie denn Wohnungen 10 m tief in der Erde, um überhaupt überleben zu können? Wie nennen Sie Bombardements auf Bauern, die ihr Feld bestellen? Das IST brutal!

Bohm: Wo haben Sie das gesehen?

Kollege: In einem Dokumentarfilm

Bohm: Wo?

Schulz: Im Arsenal

Bohm: (Aufschrei) Was? Aus kommunistischen Kinos, aus kommunistischer Hetzpropaganda beziehen Sie also Ihre Information! Sie halten also die Verbreitung von kommunistischer Hetzpropaganda für begrüßenswert! Sie gehen also selbst heute noch in solche Kinos! Sie meinen also, die Amerikaner hätten aus keinem anderen Grund Bombenangriffe auf ein wehrloses Land geflogen, als Bauern daran zu hindern, ihre Felder zu bestellen. Das ist doch wohl die platteste kommunistische Hetzpropaganda! Auf welcher Seite stehen Sie eigentlich? Auf der der Nordvietnamesen, die mit sowjetischem Kriegsmaterial ausgerüstet in Saigon eingerollt sind oder auf Seiten der Amerikaner?

Lehmann: Aber zurück zur Pädagogischen Hochschule. Wie stehen Sie zur Rektoratsbesetzung?

Schulz: Nachdem ich in das Gebäude gekommen war, sah ich aus dem Fenster mit an, wie Polizeibeamte sehr hart auf die Kommilitonen vor dem Gebäude mit Gummiknüppeln einschlugen. Gesichter bluteten, Mädchen wurden an den Haaren über die Pflastersteine geschleift. Ich empfand diesen Einsatz als brutal. Aus dieser großen Empörung heraus fand ich es richtig, in den Akademischen Senat zu gehen und unsere Forderungen nach Abzug der Polizei vorzutragen.

Bohm: Zur Rektoratsbesetzung findet sich in Ihrer schriftlichen Stellungnahme eine Darstellung, die im Widerspruch zu dem amtlichen Bericht und den allgemeinen Gepflogenheiten eines Polizeieinsatzes steht.

Ihre Darstellung müssen wir als unglaublich bezeichnen. Ihre Einlassung widerspricht den elementarsten Gesetzen der Massenpsychologie.

Lehmann: *Sind Sie dafür, daß Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst kommen? Z.B. Anarchisten, KBW-Leute? Was sagen Sie eigentlich zum KBW? Lesen Sie die Kommunistische Volkszeitung? Kennen Sie Leute vom KBW? Gehört ein NPD-Mann Ihrer Meinung nach in den Schuldienst? Was halten Sie hiervon?...* (zitiert ein fiktives Flugblatt:) **„Stürzt den Berliner Senat! Bewaffnet das Volk! Für die Diktatur des Proletariats!“**

Kollege Schulz: *Haben Sie das wirklich gelesen? Zeigen Sie mir das mal.*

Lehmann: *Was Zeigen? So'n Quatsch! Ich höre ihre Freunde doch jeden Tag vor meinem Fenster grölen und randalieren!*

Bohm: *Dann beenden wir das Gespräch jetzt. Sie werden von uns hören.*

Kommentar des Kollegen: Ich musste bei Verlesung des Protokolls bei fast jedem Satz korrigierend eingreifen, weil entweder wichtige Sachen weggelassen wurden, andere Worte verwendet wurden oder meine Aussagen verdreht dargestellt worden waren. Trotz der vielen Korrekturen gibt das „Protokoll“ einen anderen Eindruck von dem Gespräch. Es ist außerdem nicht endgültig, wird von den Herren ergänzt und geht dann an den Senator. Antwort sollte ich „demnächst“ erhalten

- Die verwendeten Namen sind fiktiv und zufällig

Gedächtnisprotokoll 4

In einer Stern-Dokumentation zur Anwendung des *Radikalenerlasses* in West-Berlin – vermutlich aus den End-1970ern – heißt aus zum Fall Martina Boness:

Als ...[M. B.]... 1976 in Berlin Beamtin werden wollte, sagte Volksbildungsstadtrat Lothar Laggies, SPD, vom Bezirksamt Schöneberg erst einmal „Nein“. Begründung: Sie sei Mitglied der Liga und dort gebe die maoistische KPD-Fraktion den Ton an. Weil dieser Ablehnungsgrund nicht sehr überzeugend war, strengten die Behörden ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der „unbefugten Tonträgeraufnahme“ gegen die junge Lehrerin an. Denn sie hatte von ihrer Anhörung ein so detailliertes Gedächtnisprotokoll angefertigt, daß die Beamten des Bezirksamtes ihr unterstellten, das Gespräch heimlich auf Tonband aufgenommen zu haben. Staatsschützer durchsuchten ihre Wohnung und nahmen als Beute zehn Tonbandkassetten mit. Die Ausbeute war mager. Außer den alten Schlagern wie „Just walking in the rain“ und „Kriminaltango“ war auf den Bändern nichts zu hören. Das Verfahren wurde eingestellt, die Lehrerin freilich nicht.“

Der Berufsverbotsfall der Kollegin Martina Boness ist dokumentiert in der GEW-Berlin-Ausstellung **Berufsverbote und politische Disziplinierung in West-Berlin. Vorgeschichte und Auswirkungen des Radikalenerlasses von 1972** (Tafel 13) - <https://1drv.ms/b/s!AkPcfnDshEFNqj8V6u1uzw-1NHGv?e=TxH67C> .

Anhörung im Bezirksamt Schöneberg, August 1975

Anwesend: Kollegin M. B., Stadtrat, Schulrat, Personalstellenrat, Rechtsamtsleiter

Stadtrat: Hier handelt es sich um eine Anhörung, bei der Sie unsere Zweifel an Ihrer Verfassungstreue ausräumen können.

Kollegin: Können Sie mir erklären, warum mein Rechtsanwalt nicht hier sein darf?

Stadtrat: Da höchstpersönliche Gründe Ihrer Eignung festgestellt werden sollen, darf weder ein Personalrat noch ein Rechtsanwalt anwesend sein. Hier handelt es sich ja schließlich nicht um rechtliche Dinge. Außerdem wird ein Protokoll geschrieben, das wird Ihnen nach ca. 1 Woche etwas gekürzt zugeschickt. Während des Gesprächs dürfen Sie Aufzeichnungen machen. Die Zweifel an Ihrer Verfassungstreue begründen Sie in Ihrer Mitgliedschaft in der Liga gegen den Imperialismus. Sind Sie Mitglied der Liga?

Kollegin: Ja, ich bin Mitglied geworden, weil ich im Rahmen von Terre des Hommes mit vietnamesischen Kindern, die vom Krieg gezeichnet waren, 3 Monate zusammen gelebt habe. Auch mein Freund, der damals beim DRK in Vietnam gearbeitet hat, berichtete mir von vielen gleichen Erfahrungen.

RAleiter: ...brauchen Sie nicht zu erzählen, wissen wir, grausam und so...

Kollegin: Das brachte mich dazu, mich aktiv für das Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes einzusetzen.

Stadtrat: Sie reden von Selbstbestimmung. Lenin hat auch sehr viele Ausführungen über das Selbstbestimmungsrecht gemacht. Die Liga ist eine marxistisch-leninistische Organisation, die die Diktatur des Proletariats anstrebt. Sie ist Teil der KPD.

Kollegin: Im Programm und im Statut der Liga steht nichts vom Marxismus-Leninismus oder von der Diktatur des Proletariats. Mitglied kann jeder werden, der dem Programm zustimmt. Die Liga ist auch nicht ein Teil der KPD, sondern eine demokratische Massenorganisation, in der Kommunisten, Sozialisten, Christen und andere mitarbeiten.

RAleiter: Die Liga bekämpft und diffamiert diesen Staat und seine Organe. Sie ist am Marxismus-Leninismus ausgerichtet. Sie orientiert sich an Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao...Maotsetungismus oder so. Deshalb ist die Liga verfassungsfeindlich. Die Mitgliedschaft und Tätigkeit in dieser Organisation ist mit den Interessen des Staates und des öffentlichen Dienstes nicht vereinbar.

Kollegin: Ich bin Mitglied der Liga geworden, weil ich ihren Einsatz in der 3. Welt unterstütze. Außerdem bedeutet Mitgliedschaft in einer Organisation noch längst nicht, daß man allen Zielen und Äußerungen bedingungslos zustimmt und für sie verantwortlich gemacht werden kann. Ich kenne SPD-Mitglieder, die längst nicht alle Aktivitäten billigen, die ihre Parteiführung unternimmt

Stadtrat: (an den Protokollanten) Bitte halten Sie fest, daß Frau... die verfassungsfeindliche Liga für! Den Imperialismus mit unserer demokratischen SPD gleichsetzt. (zu mir) Sie sagen also, daß die SPD nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht!

Kollegin: (wütend) wo bin ich denn hier eigentlich? Sie können doch nicht einfach Sachen zu Protokoll geben lassen, die ich nie gesagt habe. Was ist denn das für eine Methode? Sie drehen mir die Worte im Mund herum! Haben Sie denn gar nicht verstanden, worum es hier ging?

RAleiter: Also die Liga ist eine verfassungsfeindliche Organisation. Sie ist eine marxistisch-leninistische Organisation.

Kollegin: Sie ist eine demokratische Organisation, in der verschiedene Positionen und Meinungen vertreten sind.

RAleiter: Als Mitglied der Liga müssen Sie diesen Staat bekämpfen. Wenn Sie den Urgrund dieser Organisation bis jetzt immer noch nicht verstanden haben, dann können wir Sie gerade aus diesem Grunde nicht einstellen. Wenn Sie selbst nicht mal ein kritisches Verhältnis zu der Organisation haben, in der Sie Mitglied sind, wie können Sie dann den Schülern Kritikbewußtsein beibringen? Damals mußten viele Leute in die NSDAP eintreten, aber Sie werden ja nicht dazu gezwungen, sondern lassen sich vor den Wagen spannen, das ist noch viel schlimmer.

Kollegin: Ich lasse mich nicht vor den Wagen spannen, sondern bin aufgrund eigener Erfahrungen mit den Folgen des Krieges in Vietnam Mitglied geworden. Bei meiner Einschätzung von Befreiungsbewegungen stütze ich mich allerdings nicht nur auf Veröffentlichungen der Liga, sondern ziehe auch andere hinzu, u.a. z.B. UNO-Veröffentlichungen.

Stadtrat: Wissen Sie, wie die UNO zusammengesetzt ist? - --- Sie besteht in der großen Mehrzahl aus diktatorischen Staaten!! Jetzt wissen Sie, in wessen Interesse die Beschlüsse sind!

RAleiter: Die Liga beschimpft diesen Staat, staatlicher Terror, Ausbeuterordnung, monopolkapitalistisch usw. Meinen Sie etwa, wir, die wir hier sitzen, sind die herrschende Klasse? Meinen Sie, die Arbeiter werden ausgebeutet? Ihre Liga strebt die Revolution an, den Sturz dieses Systems, die kommunistische Diktatur. Davon haben Sie sich noch nicht distanziert.

Kollegin: Ich habe bereits mehrmals gesagt, daß mein Interesse an der Liga in ihrem Einsatz für die 3. Welt besteht und daß ich mich aktiv für die Wesensmerkmale der FdGO einsetzen werde. Ich werde mich aktiv für den Erhalt der Menschenrechte, für Freiheit und Gleichheit einsetzen. In diesem Zusammenhang finde ich es eigentlich schade, daß der Volksentscheid damals hier abgeschafft wurde. Mit diesem Mittel wäre doch eine noch breitere Beteiligung der Bevölkerung an der demokratischen Willensbildung möglich. Der Volksentscheid steht ja wohl auch nicht im Widerspruch zur FdGO.

Stadtrat: (sehr heftig) Wissen Sie überhaupt, warum wir den Volksentscheid hier abgeschafft haben? Um nämlich unkontrollierten Volksbewegungen Einhalt zu gebieten!! Weil die Bevölkerung emotional aufgeregt war und keine Beschlüsse oder so gefällt werden sollten, die wir nicht wollen. Sie wissen gar nicht, wie gefährlich so ein Volksentscheid ist. Uns da sagen Sie, daß Sie den Volksentscheid wieder einführen wollen. Wissen Sie, was die Bevölkerung als erstes tun würde? Sie würde die Todesstrafe für Sie und Ihre linksradikalen Organisationen fordern!

Kollegin: Da hat ja wohl die Regierung einige Möglichkeiten der Einflussnahme, dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung nicht so entscheidet.

RAleiter: Zurück zum Thema. Sie sind also immer noch Mitglied der Liga. Warum treten Sie nicht aus?

Kollegin: Weil die Liga auch gerade bezüglich der 3. Welt sehr viel Informationen und Material veröffentlicht und sie bemüht sich, der Öffentlichkeit klar zu machen, wie groß die Kriegsgefahr ist, daß die Großmächte SU und USA hier in Europa um ihren Einfluss ringen und sogar schon offen mit Atomwaffeneinsatz drohen.

RAleiter: Ja, ja, China und so... diese Linie... Aber wissen Sie, wer ein bißchen Fingerspitzengefühl hat, der wird doch gleich sehen, daß die Liga das gar nicht so meint. Wer so eine aggressive Sprache hat wie die Liga, dem glaubt man nicht, wenn er von Frieden redet. Sie SPD und die CDU setzen sich auch für den Frieden ein. Treten Sie doch in diese Organisationen ein, die doch viel größeren Einfluß haben als Sie mit Ihren 5000 Leuten. Damit können Sie doch nichts erreichen.

Stadtrat: Wir müssen feststellen, daß Sie unsere Zweifel nicht ausgeräumt haben

RAleiter: Wir haben Ihnen doch ausreichend die Möglichkeit gegeben uns davon zu überzeugen, daß die Liga eine Organisation ist, die nicht im Widerspruch zum Grundgesetz steht. Sie haben sich a) nicht von den Zielen des Marxismus-Leninismus distanziert und b) könnten Sie um ihres humanitären Anspruchs willen ja auch in andere Organisationen gehen und demokratische Parteien unterstützen, jedenfalls nicht in einer solchen Organisation bleiben.

Kollegin: Sie lassen in Ihrer Zusammenfassung völlig außer Acht, daß ich mein aktives Eintreten für die Wesensmerkmale der FdGO mehrmals ausführlich dargestellt habe. Und außerdem habe ich mehrfach dargestellt, daß die Liga eine demokratische Organisation ist.

Stadtrat: Meinen Sie, die Parteien, die an die Macht wollen, werden schreckliche Sachen von sich erzählen? Die reden immer schon von Demokratie und Freiheit usw., aber das sind leere Worte. Über den KZs stand z.B. „Arbeit macht frei“.

Kollegin: Sie stützen sich in Ihrer Argumentation auf das neue Bundes-Verfassungsgesetz-Urteil, das der einstellenden Behörde einen breiten Ermessensspielraum einräumt, wenn es um die Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer nicht verbotenen Organisation geht. Der Bundesverfassungsrichter Burkhard Hirsch erklärte dazu, daß aus bloßer Gesinnung und Mitgliedschaft keine Nachteile erwachsen dürfen.

RAleiter: Ist ja klar, daß Sie sich auf diese Argumentation stützen, die Mehrheit hat aber anders votiert.

Stadtrat: Sie müssen sich distanzieren von Ihrer Organisation, d.h. eine klare Entscheidung treffen. Das konnten wir bei Ihnen nicht feststellen. Das Verhalten Ihrer Zugehörigkeit begründet unsere Zweifel. Es ist unsere Pflicht als einstellende Behörde dafür Sorge zu tragen, daß nur solche, die unseren Staat voll unterstützen, in den Schuldienst kommen.

Kollegin: Ich halte es für gefährlich, wenn Kritik an der Wirklichkeit mit Verfassungsfeindlichkeit gleichgesetzt wird. Und, nur rein hypothetisch: Wie soll ich meinen Schülern den Wert von Menschenrechten und demokratischen Freiheiten, z.B. auch der Organisationsfreiheit, klarmachen, wenn ich ihnen ehrlicherweise gleich dazu sagen muß, daß ich erst Lehrer werden konnte, als ich aus einer nicht verbotenen Organisation ausgetreten bin.

RAleiter: Für uns und für Sie gilt, daß das Parteienprivileg hinter der Treuepflicht des Beamten zurückzustehen hat.

Kollegin: Sie wissen doch sicher, daß in ähnlich gelagerten Fällen, also auch bei Liga-Mitgliedschaft, vom Arbeitsgericht die Einstellung wieder verfügt wurde.

RAleiter: Ja, äh, diese Urteile sind sicher VOR Bekanntwerden des BVG-Urteils gefällt worden. Sowas würden die heute nicht mehr machen können. Außerdem ging es ja doch um Angestellte und Sie wollen doch als Beamter eingestellt werden.

Kollegin: Ich will in erster Linie in den Schuldienst. Sie können mich gerne als Angestellte einstellen. Das ist sowieso die Praxis, meine Bekannten sind ausnahmslos als Angestellte eingestellt worden.

RAleiter: (zu Stadtrat) was äh, wie, Herr Stadtrat, Sie stellen doch nur als Beamte ein? Angestellte, äh, haben wir hier gar nicht.

Stadtrat: Doch ein paar schon.

RAleiter: Na gut, ein paar Ausnahmen. Auf jeden Fall dürfen wir Sie nicht einstellen, da Sie unsere Zweifel nicht ausgeräumt haben. Sie können in Ihrer Organisation bleiben, aber müssen unsere Entscheidung akzeptieren. Wenn auch zeitweise beim Gespräch etwas Unmut entstanden ist, so ist das nicht persönlich zu verstehen. Manches war

sicher auch sehr interessant, aber wir haben hier als einstellende Beamte nur unsere Pflicht zu tun. Auf Wiedersehen!